

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Neuwahlen zum Trotz: Vereinbarte Projekte jetzt umsetzen!

Außenminister Kurz hat Neuwahlen vom Zaun gebrochen. Das ist ebenso unnötig wie verantwortungslos. Darum fordert die FSG die Bundesregierung und die Parlamentsparteien auf, bis zum Wahltermin konstruktiv weiterzuarbeiten.

Die Bundesregierung hat in ihrem jüngsten Arbeitsprogramm einige wichtige und zukunftsorientierte Projekte vereinbart.

Diese Projekte müssen jetzt umgesetzt werden, um die Beschäftigung anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit, vor allem der älteren Beschäftigten, zu bekämpfen. Die ArbeitnehmerInnen erwarten sich das zurecht von der Politik.

Was die Regierung noch umsetzen muss

- die „Aktion 20.000“ für ältere Langzeitarbeitslose
- die Bildungsreform
- das zweite Gratis-Kindergartenjahr
- der Ausbau der gesundheitlichen Primärversorgung
- ein Paket zur Bekämpfung der Steuervermeidung

Konstruktive Politik

Es wäre verantwortungslos und rücksichtslos, diese Projekte wegen der Machtgier eines Einzelnen auf Eis zu legen. Etwa die „Aktion 20.000“. Durch diese Maßnahme sollen 20.000 Arbeitsplätze pro Jahr für ältere Langzeitarbeitslose in Gemeinden und gemeinnützigen Trägervereinen geschaffen werden. Dafür hat die Bundesregierung für das Jahr 2018 zusätzlich insgesamt 200 Millionen Euro eingeplant. „Es wäre dringend notwendig, die bereits vorbereitete Aktion bis zum Herbst in die Tat umzusetzen“, sagt FSG-Vorsitzender Andreas Stangl. ■



Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender